Einzelnummer 10 Pfe
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sach

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal zeilenlange Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den textlichen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle u. Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische

6. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 22. November 1930 — Nummer

Notverordnungen werden nicht durchgeführ

Rechtsausschuß des Landtages lehnt Schieck-Verordnungen ab / Manöver der SPD- und Nazi-Führer Organisiert den außerparlamentarischen Massenkampf unter Führung der KPD

Dresden, den 22. November.

Gestern beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages mit der Notverordnung des Kabinetts Schieck, der Regierungsvorlage Nr. 6. Die Notverordnung wurde während der Landtagsferien erlassen und enthält Anweisungen über die Einführung der Biersteuer, Getränkesteuer, Bürgersteuer u. a. Der Rechtsausschuß lehnte die Notverordnung ab. Lediglich die Volkspartei, die Demokraten und der Landbund traten für die Durchführung der Notverordnung ein. Der sächsische Polizeiminister Richter wandte sich mit großer Schärfe gegen die Nationalsozialisten, um sie zu zwingen, die Notverordnung anzunehmen. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten aber traten nicht als prinzipielle Gegner gegen die Notverordnung auf, sondern sie benutzten diese Frage lediglich als Mittel zum Kampf um ihre Regierungswünsche. Die Ablehnung dieser Notverordnung wird jetzt die Regierung veranlassen, hinter den Kulissen einen Kuhhandel zu organisieren, um nach Möglichkeit eine parlamentarische Basis zu erhalten. Für die Arbeiterschaft und die werktätigen Steuerzahler in Stadt und Land gilt es, durch außerparlamentarischen Massenkampf die Durchführung dieser Notverordnung überhaupt zu verhindern.

Zu den Beratungen im Rechtsausschuß wird uns von der sächsischen Landtagsfraktion der KPD noch geschrieben:

Interessant für die Oeffentlichkeit und insbesondere für die Arbeiterschaft dürfte die Erklärung der Wirtschaftspartei und der Sozialdemokratie sein. Während der Redner der Wirtschaftspartei darauf hinwies, daß sie für die Bürgersteuer eintreten würden, nicht aber eintreten könnten für die Getränkesteuer, müßten sie nunmehr, nachdem die Regierung die drei Steuerarten in einer Verordnung zusammengefaßt habe, gegen die gesamte Verordnung stimmen, wobei sie nicht unterlassen möchten, darauf hinzuweisen, daß sie das genau so wie die Sozialdemokratie mit einem nassen und einem trockenen Auge tun. Der Abg. Edel erklärte zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes, daß, nachdem der „Freiheitskampf" sie in einem Artikel erst frech, dann feige angegriffen habe, nunmehr ablehnen müßten, sachlich zu der Vorlage ihre Abstimmung einzustellen. Sie wären für die Getränkesteuer sowie für die Biersteuer zu haben gewesen, aber nunmehr müßten sie es ablehnen, auf ihrem Rücken Holz hacken zu lassen, denn sie seien ja an der Regierung nicht beteiligt.

Dafür, daß sozialdemokratische Bürgermeister in den Gemeinden diese Steuern durchführen, könnten sie nicht verantwortlich gemacht werden. Aus dieser Haltung zeigt sich klar, welches erbärmliche Spiel die SPD bei ihrem Kampfe gegen die Notverordnung gespielt hat.

Der Hungerschrei!

Massenaufmarsch der Erwerbslosen

Recklinghausen, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern nachmittag kam es zu einer gewaltigen Massenkundgebung der Recklinghausener Erwerbslosen, die in einem tausende Teilnehmer zählenden Zug unter dem Ruf „Hunger" durch das Innere der Stadt zogen. Das Rathaus, in dem gerade der Magistrat tagte, war durch ein großes Polizeiaufgebot abgesperrt. Die Truppen Severings gingen mit den bekannten Gummiknüpplattacken gegen die Demonstranten vor. Aber immer wieder sammelten sich die Erwerbslosen zu neuen Kundgebungen. Die Demonstration zog sich trotz Polizeiterror bis in die späten Abendstunden hin.

Bauernaufstand gegen Steuerraub

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Mitteilungen der „Italie" sind in Sizilien Bauernunruhen ausgebrochen. Die Bauern wehren sich entschlossen gegen die faschistischen Steuereintreiber, die ihnen buchstäblich nicht nur die letzte Kuh, sondern sogar das Bett wegnehmen. Zahlreiche Verhaftungen, vor allem von Frauen, wurden vorgenommen.

Hungermarsch am 3. Dezember

Betriebe, Büros, Stempelstellen, Männer, Frauen und Jugendliche! Heraus gegen youngdeutschen Hungerkurs!

Jeden Tag schwillt die kapitalistische Reservearmee, das Erwerbslosenheer, an. Jeden Tag wird diesen Opfern der Profitwirtschaft der Hungerriemen enger gezogen. Alle „Rechte" der Erwerbslosen werden durch „Notverordnungen" usw. beseitigt, beseitigt von den Statthaltern der Schwerindustrie, dem Brüning-Kabinett. Dreimal — innerhalb 3 Monaten — wurden die „Leistungen" aus der von den Sozialdemokraten als „Erfolg" gepriesenen Erwerbslosenversicherung geändert, dreimal wurden die Leistungen herabgesetzt, aber die Beiträge erhöht. Der 3½prozentigen Beitragsleistung folgte die 4½prozentige, dann bald die 6½prozentige, und schon wieder kündigt man eine 7prozentige Beitragspflicht an.

Ab 1. Januar 1931 soll jeder Reichszuschuß an die Arbeitslosenversicherung wegfallen,

soll sich diese selbst tragen. Die winzigen Aufwendungen der Länder und Gemeinden für Unterstützungsempfänger sollen im Wege einer Reichsaufsicht (nach jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen) beseitigt werden. Die Wohlfahrtsunterstützung (wie man heute verschämt die Armenunterstützung nennt) soll grundsätzlich von Pflichtarbeit abhängig gemacht werden.

Die erwerbslosen Jugendlichen,

die zwar schon in der Erwerbsversicherung Beiträge zahlen müssen, aber keine Ansprüche haben, sollen — nach dem wirtschaftsparteilichen Antrage — mit der Arbeitsdienstpflicht bedacht werden.

Die im Betrieb tätigen verheirateten Frauen

dürfen ebenfalls Beiträge zahlen zur Erwerbslosenversicherung, haben aber auf Unterstützung nur Anspruch, wenn der eventuelle Verdienst des Mannes hundsmiserabel ist.

Lasten, Lasten und nochmals Lasten, das sind die Aussichten der hungernden Erwerbslosen.

Niemand ist bereit, den Erwerbslosen eine Erleichterung zu geben, nur im Kampf der Erwerbslosen mit den im Betrieb stehenden Arbeitern können menschenwürdige Verhältnisse errungen werden. Im engsten Zusammenwirken aller Werktätigen und Erwerbslosen kann die Kapitalsdiktatur beseitigt werden.

Ruhe predigt das satte Bürgertum.

Hungernde, ihr waret bisher ruhig, hat euch das geholfen? Nein, eure Ruhe hat euch nicht satt gemacht. Deshalb — angesetzt zum Sturm, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Organisiert allerorts Demonstrationen, Aufmärsche der Erwerbslosen. Schreit euer Elend den Herrschenden und Satten und ihren Schildknappen — den National- und Sozialfaschisten — in die Ohren! Kein Erwerbsloser bleibe dem Aufmarsch der Hungernden fern.

Organisiert am 3. Dezember 1930 in allen Orten Hungermärsche

Demonstriert mit allen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern

für Arbeit und Brot! Für ausreichende Unterstützung aller Hilfsbedürftigen! Für Beseitigung der Brüning-Regierung! Gegen Pflichtarbeit, gegen Lohn- und Steuerdruck! Für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!

Reiht euch ein in die rote Klassenfront! Werdet Mitglied der KPD! Tretet der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei!

RGO-Bezirkskomitee Sachsen, Abt. Erwerbslose.

Brandstifter!

Zum Prozeß gegen die konterrevolutionäre „Industriepartei"

Der Anklageakt in Sachen der konterrevolutionären O[rganisa]tion — der Industriepartei, die sich die Vorbereitung der [Inter]vention gegen die USSR zum Ziele setzte, ist ein Dokument allergrößter geschichtlicher Bedeutung.

Er ruft dem sowjetrussischen und dem Weltproletariat [die] große Klassenwahrheit ins Bewußtsein. Er ruft ihm ins Bewußtsein, daß es keinen Frieden gibt zwischen Kapital und Arbeit und daß es keinen Waffenstillstand gibt, der nicht eine Pause des Kampfes zwischen den Klassen wäre. Die auf der Anklagebank sitzenden Ramsin und Konsorten gehören zur Gruppe der sogenannten technischen Hochintelligenz, zu einer Gruppe, die stets mit ihrer Kultur und ihrer Wissenschaft brüstete und das Klassenkriterium leugnete, wobei sie von ihrer über den Klassen stehenden Natur sprachen.

Die Herren Ramsin und Kalinnikow, die [in den] Dienste der Sowjetregierung traten, erklärten das dadurch, daß sie jedoch keine auf dem Klassenstandpunkt stehenden Kapitalisten sind. Sie seien Patrioten, die dem Vaterlande unabhängig davon, wer an der Macht stehe, dienen wollten. Und wie war nun die Wirklichkeit beschaffen? Sie traten in den Sowjetdienst ein wie in ein feindliches Lager, und zwar um den früheren Eigentümern des Landes „ihre" Fabriken zu erhalten und weiter dazu, um den Aufbau des neuen Lebens zu hindern. Sie traten in den Dienst der Sowjetmacht, wie sich ein Dieb in einem Hause anstellen läßt, das er bestehlen will. Wozu haben sie das alles getan? Um den Kapitalisten und Gutsbesitzern zurück zur Macht zu verhelfen, um der Rückkehr willen zu dem Leben, das in Rußland vor dem Kriege war, das zur größten aller Revolutionen der Welt geführt hat.

Was war an diesem Leben, das sie gefangen nahm? [Wie] konnte ihnen die Bombe in die Hand drücken, vermittels [der] sie das neue Regime, das von Tag zu Tag immer neue Millionenschichten emporhebt und von Tag zu Tag immer [neue] schöpferische Kräfte der Millionen entfaltet, in die Luft zu sprengen beabsichtigten? Es wäre lächerlich, anzunehmen, daß der Haß gegen das neue aufkeimende Regime in der Brust Ramsins und Kalinnikows unter dem Einfluß von Entbehrungen geboren worden sei. Natürlich bezahlte ihnen die Sowjetregierung nicht so, wie es die alten Eigentümer getan haben, Zehntausende von Goldrubel und konnte das auch nicht tun. Sie stellten ihnen alles, was sie zum Leben und zur schöpferischen Arbeit brauchten. Sie lebten weit besser als irgendjemand anders in der Sowjetunion. Es wurden alle Voraussetzungen für sie geschaffen, um die wissenschaftliche und technische Arbeit mit einem Schwung entwickeln zu können, den die technische Elite aller kapitalistischen Länder beneiden könnte. In den kapitalistischen Ländern stößt die Initiative der Ingenieure und der Schwung des technischen Gedankens auf Grenzen, die ihnen das Privateigentum zieht, das häufig die Entwicklung des schöpferischen Gedankens bindet. In der Sowjetunion besaßen bedeutende Ingenieure stets die Möglichkeit, die Durchführung ihrer Pläne in grandiosem Umfang zu sehen. Was hat sie nun gezwungen, Tag und Nacht darüber zu brüten, wie sie die neuen, im Aufbau befindlichen Gebäude des Sozialismus in Brand stecken, die Sowjetunion in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln und die Volksmassen wiederum in die Hölle des Krieges schleudern könnten?

Vor der Revolution hat die Entwicklung der Aktiengesellschaften und der Truste in Rußland, ebenso wie überall aus der technischen Hochintelligenz die Schicht gemacht, die faktisch die Industrie regiert. Die Morosow, die Konowalow waren die Eigentümer. Aber die Sachwalter waren die Mitglieder dieser kleinen festgefügten Clique von Vertretern der technischen Hochintelligenz. Sie heirateten die Töchter der Kapitalisten, erwarben aus ihren ungeheuren Gehältern und Tantiemen Aktien der kapitalistischen Unternehmungen. Und sie unterstützten mit allen Kräften die herrschende Klasse, die die Volksmassen in Elend niederhält.

Unter der Diktatur des Proletariats hat diese Rolle der technischen Hochintelligenz aufgehört. Die Sowjetmacht schätzte die Wissenschaft hoch, die Sowjetmacht gewährte der technischen Hochintelligenz die volle Möglichkeit der Einflußnahme durch ihre technischen Ratschläge und ihre Kenntnisse auf den Gang der Entwicklung, aber die Leitung dieser Entwicklung gab sie ihnen nicht in die Hand, denn leiten kann man diese Entwicklung nur, wenn man fest auf dem Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse steht, ein aufmerksames Auge den Bedürfnissen gegenüber hat und die Interessen des Proletariats als das grundlegende Kriterium akzeptiert.

Die technische Hochintelligenz begriff ausgezeichnet, daß sie nur insofern ein Ohr findet, soweit sie mithilft am Aufbau